

Newsletter Januar 2021

Corona aktuell

Die Schulen im Land sind bis zum 1. Februar 2021 geschlossen, vielleicht länger. Aber es gibt wichtige Ausnahmen: Es wird eine **Notbetreuung** für Schülerinnen und Schüler der Klassen 1-6 organisiert auch ganztags -, es wird **Präsenzangebote** für Abschlussjahrgänge zur Prüfungsvorbereitung geben, und Kinder, die zuhause nicht gut lernen kommen, sollen dies in öffentlich bereit gestellten Räumen (in der Regel **in der Schule**) tun können. Das ist gut.

Zwischen der Erstellung unseres Berichtsantrags ([19/2671](#)) und der Landtagsdebatte lag die Ankündigung der Ministerin, künftig ab einer Inzidenz von 50 auf Schichtbetrieb umstellen zu wollen. Das gab es vor den Sommerferien schon einmal, allerdings hat man sich im Herbst dann nicht daran gehalten. Wenn das jetzt anders ist, kommt das unserer Forderung nach einer **Inzidenzampel** schon nahe. Es fehlt dann noch der Wert, ab dem nur noch Distanzunterricht (Homeschooling) geht.

Seit dem 1. Januar haben wir nun Schulen, für die die Bildungsministerin zuständig ist und solche, um die sich der Wirtschaftsminister kümmert. Wir haben diese Weißweinlaune der Jamaika-Koalitionsverhandlungen kritisiert und sehen nun mit Sorge, wie sich die Wege trennen. Wir hoffen, dass die Regierung sich schnell der Probleme der **überbetrieblichen Ausbildungsstätten** annimmt. Auch Lehrlinge brauchen die Gewissheit, sich optimal auf wichtige Prüfungen vorbereiten zu können. Richtig finden wir, dass das Schuljahr 2020/21 zählen soll. Es war schwierig und anders als andere, aber es war sicher kein verlorenes Jahr für unsere Schülerinnen und Schüler.

[Landtagsrede von Martin Habersaat bei der Sondersitzung am 7. Januar](#)



[Die Rede ist auch auf unserem Youtube-Kanal abrufbar](#)

Distanzlerntage I

Der 7. und der 8. Januar 2021 wurden von der Bildungsministerin zu Distanzlerntagen erklärt, um die Systeme unter Last zu testen. Erste Rückmeldungen, die uns erreichten, kritisierten, dass Jitsi keine Videokonferenzen mit 28 Teilnehmer*innen schaffte und viele Server der Volllast nicht gewachsen waren. Wenn das landesweit so wäre, müsste man den zuständigen Chef der Staatskanzlei fragen, was er eigentlich unternommen und ausgeschrieben hat, um diese kritische Infrastruktur zu stabilisieren.

→ Wie liefen die Distanzlerntage bei euch?
Wir sind gespannt auf viele Erfahrungsberichte.

Distanzlerntage II

Wenn die Bildungsministerin mitteilt, der Präsenzunterricht starte für „alle Schülerinnen und Schüler“ wegen der Distanzlerntage erst am 11. Januar, dann müssen auch alle gemeint sein. Es geht im Jahr 2020 und auch 2021 nicht mehr, dass im Kleingedruckten dann zu lesen ist, dass Schüler*innen mit Förderbedarf natürlich nicht gemeint sind, wenn es „alle“ heißt. Die Kunst der Inklusion ist es, Möglichkeiten und Regeln zu schaffen, die für alle gelten könnten. An Grundschulen wurde eine Betreuung sichergestellt, die hätte es natürlich auch für Förderzentren geben können. Leider beherrscht Frau Prien diese Kunst nicht. Immer wieder zeigt sie, dass sie es vielleicht auch gar nicht will. ([Siehe auch Themenschwerpunkt Inklusion im Newsletter 9/20](#))

Fachgespräch zum Thema Corona und Schule

Den Vormittag des 3. Dezember nutzte der Bildungsausschuss für ein Expertengespräch zum Thema Corona und Schule. Prof. Dr. Kamila Jauch-Chara (ZIP) machte die Bedeutung des Sozialraums Schule für die Persönlichkeitsentwicklung deutlich und bestärkte den Ausschuss, die Schulen so lange wie möglich geöffnet zu lassen. Dr. Alexandra Barth vom Gesundheitsamt der Stadt Neumünster warb für Einzelfalllösungen, solange individuelle Ansteckungsfälle noch nachvollziehbar seien. Luftfilter seien nicht pauschal in allen Räumen erforderlich, sie empfahl, die Räume mit Expert*innen gemeinsam in den Blick zu nehmen. **Hat die Landesregierung in der Zwischenzeit bei den Schulträgern erhoben, welcher Bedarf an CO₂-Messgeräten und Luftfiltern besteht**, haben wir in einer Kleinen Anfrage gefragt ([19/2635](#)). **Die knappe wie traurige Antwort: Nein.**

Dr. Wolfram Birmili vom Umweltbundesamt (Leitung Fachgebiet Innenraumhygiene) beklagte, die deutschen Schulen seien baulich schlecht in die Corona-Krise hineingeschlittert. Nur 10 Prozent der Schulen seien mit Lüftungsanlagen ausgestattet - die aber erforderlich seien, weil sie auch Kohlendioxid und Feuchtigkeit aus dem Raum bringen müssen. Grundsätzlich sei jetzt das Lüften sinnvoll und richtig, aber generell gehöre in moderne Seminarräume eine gute Lüftungsanlage. Darüber wird zu reden sein, wenn wir gemeinsam beschreiben, wie wir uns die Schule der Zukunft baulich vorstellen.

Wichtig für viele Betroffene: Aus Sicht von Dr. Johannes Reimann vom Landkreistag kann **Schulbegleitung auch zuhause** stattfinden, wenn eine Begleitung zur Schule in Homeschooling-Zeiten nicht erforderlich ist.

Das neue Jahr beginnt, wie das alte endete

Das Bildungsministerium hat in der zweiten Januarwoche angeordnet, dass alle Abschlussjahrgänge, die sich auf den ESA, den MSA oder das Abitur vorbereiten, vollständig gemäß Stundenplan im Präsenzunterricht darauf vorbereitet werden. Nicht nur die GEW hat sich kritisch zu Wort gemeldet.

Das Ministerium hätte seine Lehrkräfte erneut mit praktischen Fragen allein gelassen, z.B. wie die Lehrkräfte den Wechsel von Präsenz- und Distanzunterricht im Studententakt hinbekommen sollen. Manche Schulleiter*innen beschlossen, sich über diese Direktive hinweg zu setzen.

Erst nach allseitigen Missfallenskundgebungen lenkte Frau Prien ein und räumte den Schulen mehr Entscheidungskompetenz darüber ein, was in Präsenz- und was in Distanzunterricht geschehen solle. Warum nicht gleich so?

Unsere ehemaligen Bildungsministerinnen

Britta Ernst (Foto) hat am 1. Januar 2021 den Vorsitz der Kultusministerkonferenz übernommen.

Wara Wende hat der taz ein [Interview](#) über ihre Zeit in Schleswig-Holstein gegeben, das in „taz FUTURZWEI“ erschienen ist.



Fünf Milliarden Euro plus dreimal 500 Millionen Euro für die digitale Bildung

Welche Pakete gibt es und wie ist der aktuelle Stand?

*Im Rahmen der Corona-Pandemie wurden für die Digitalisierung, Etablierung und die Instandhaltung der digitalen Infrastruktur an Schulen drei Hilfspakete entwickelt. Für diese werden vom Bund dreimal 500 Millionen Euro veranschlagt: für Schüler*innenausstattung, für die Administration auf Seiten von Schulen und Schulträgern und für Lehrerlaptops. Diese ergänzen den „großen“ Digitalpakt, der bis 2024 läuft. Der aktuelle Stand:*

Endgeräte für Schüler*innen

Die Zusatz-Verwaltungsvereinbarung zum Digitalpakt „Sofortausstattungsprogramm“ ist am 4. Juli 2020 in Kraft getreten. Das Land Schleswig-Holstein dafür eine Finanzhilfe des Bundes in Höhe von 17.026.300,00 € erhalten. Der zusätzlich notwendige Eigenanteil in Höhe von 10% dieser Bundesmittel (1.702.630,00 €) wurde durch das Land übernommen, so dass für die Schulträger Fördermittel von insgesamt 18.728,930,00 € bereitstehen. Das war eine der Forderungen der SPD im Rahmen der Corona-Nachtragshaushalte. Ende November waren 99,45% der Programmmittel ausgezahlt. Das heißt, das Geld ist bei den Schulträgern angekommen. Viele Geräte sind schon an Schüler*innen ausgehändigt, andere warten auf die Verteilung. Wieder andere sind wegen langer Lieferzeiten noch nicht vor Ort – am 31. Oktober waren das noch 14.000 Geräte.



Ein Problem ist, dass das Land bei der Verteilung der Mittel nicht auf die Zahl der Bedürftigen Schülerinnen und Schüler geachtet hat. Teilweise reicht das Geld nicht, auf der anderen Seite hat ein Schulträger im Kreis Plön sogar auf die Mittel verzichtet. Alle demokratischen Fraktionen des Landtags haben deshalb ein ergänzendes Landesprogramm beschlossen. Im Frühling 2021 darf das Fehlen eines Endgeräts kein Problem mehr sein. Zudem muss die Landesregierung

schnell ihre Prüfungen abschließen, wie Land und Schulträger alle Schülerinnen und Schüler mit vergünstigten SIM-Karten ins Internet bringen, wo das erforderlich ist.

Administration

Am 4. November trat die Zusatz-Verwaltungsvereinbarung zum DigitalPakt Schule „Administration“ in Kraft. Das Land Schleswig-Holstein erhält hieraus eine Finanzhilfe des Bundes in Höhe von 17.026.300,00 €. Es ist abermals ein Eigenanteil von 10 % zu erbringen. Hier konnte sich das Land noch nicht dazu durchringen, den Eigenanteil zu übernehmen. Aus diesen Mitteln sollen die Kräfte finanziert werden, die im Auftrag der Schulträger die IT-Administration übernehmen, die hinter dem digitalen Lernen steckt. Es ist sicher nicht kostendeckend, aber ein großer Schritt zur Entlastung der Schulträger und der Lehrkräfte. Dauerhaft sollten Lehrkräfte nämlich nicht in die Administration eingebunden sein müssen. Das könne dann wieder mehr Luft schaffen für Unterricht und Schulentwicklung.

Lehrerlaptops

Eine weitere Zusatz-Verwaltungsvereinbarung zum DigitalPakt Schule, die Finanzhilfen in Höhe von abermals 500 Millionen Euro vorsieht, soll die Schulen in die Lage versetzen, Lehrkräften mobile digitale Endgeräte für Unterricht in der Schule oder als Distanzlernen sowie zur Unterrichtsvor- und -nachbereitung zur Verfügung zu stellen. Die Verhandlungen zwischen Bund und Ländern über den Text dieser Zusatz-Verwaltungsvereinbarung konnten am 19. November abgeschlossen werden, dann begann das Verfahren der Unterzeichnung durch die Länder. Das Land Schleswig-Holstein würde auf Grundlage des vereinbarten Entwurfsstandes der Zusatz-Verwaltungsvereinbarung „Leihgeräte für Lehrkräfte“ Bundesmittel in Höhe von 17.026.300 € erhalten, die durch die „Länder einschließlich der Kommunen“ um einen Eigenanteil von 10% dieser Bundesmittel zu ergänzen wären, für Schleswig-Holstein mithin um 1.702.630 €. Für die parallel erforderliche Einführung von dienstlichen E-Mail-Adressen für Lehrkräfte werden nach Auskunft des Bildungsministeriums zurzeit die erforderlichen organisatorischen Prozesse aufgebaut und die bereits zur Verfügung stehende technische Infrastruktur getestet. Eine hierzu mit dem Hauptpersonalrat Lehrkräfte (HPR-L) vorgesehene Dienstvereinbarung stand zum Zeitpunkt der Anfrage vor der Unterzeichnung.

Der „große“ Digitalpakt

Im Februar 2019 einigten sich Bund und Länder auf einen Digitalpakt für Schulen in Deutschland, fünf Milliarden Euro Bundesmittel sollen nach einem Beschluss der Großen Koalition in fünf Jahren fließen. Im September 2019 wurde in Schleswig-Holstein die Förderrichtlinie veröffentlicht, die regelt, unter welchen Bedingungen die Schulträger im Land an dieses Geld kommen. Besonderheit in Schleswig-Holstein: Die 170 Millionen Euro vom Bund werden zunächst nicht einmal komplett weitergeleitet, zwei Prozent der Mittel behält das Land als sogenannte „Nachsteuerreserve“ zurück. Außerdem müssen die

Kommunen, anders als in allen anderen Ländern, einen [Eigenanteil von 15 Prozent](#) leisten. In Schleswig-Holstein müssen die Fördermittel von den Schulträgern bis zum 30. April 2022 abgerufen sein. Die Höhe des Budgets richtet sich nach beispielsweise richten sich die Schulträgerbudgets nach den Schülerzahlen im Schuljahr 2018/19, mindestens jedoch gibt es 45.000 Euro pro Schulträger für die Umsetzung des Digitalisierungskonzepts. Insgesamt ist festzustellen, dass die Schulen sehr unterschiedlich weit sind. Es gibt Schulen, da sind längst alle Schüler*innen und auch die Lehrkräfte bereits vom Schulträger ausgestattet worden. Und es gibt Schulen, die haben später angefangen, weil sie zunächst andere konzeptionelle Schwerpunkte verfolgt haben oder weil der Schulträger diese Ausstattung noch nicht übernehmen konnte oder wollte. Es wird schwer, im neuen Jahr gleiche Chancen für alle Schülerinnen und Schüler zu gewährleisten. Wichtig werden dazu Hilfestellungen vom Bildungsministerium sein. Es kann nicht sein, dass jede Schule das Rad neu erfinden muss.

In Kürze

Fernzugriff auf dienstliche Mails an Schulleitungen

Aus Sicht der Landesregierung ist es Aufgabe der Schulträger, Schulleitungen den Zugriff auf das Landesnetz per VPN-Einwahl zu finanzieren. Dafür erforderlich ist ein Landesnetz-Notebook, und es entstehen laufende Kosten für die VPN-Einwahl (Kleine Anfrage 19/2653).

Informatikoffensive muss warten

Die von der Landesregierung für den 1. August 2020 angekündigten neuen Fachanforderungen für Informatik wurden („coronabedingt“) auf den 1. August 2021 verschoben.

Ganztagsangebote weiterentwickeln

Am 22. April 2021 wird der Bildungsausschuss eine Anhörung zur Weiterentwicklung des schulischen Ganztags in Schleswig-Holstein durchführen.

Wissenschaft + Forschung

Nationale und regionale Wasserstoffstrategie



Bund und Land wollen Wasserstoff als Energieträger mit eigenen Strategien voranbringen. Schleswig-Holsteins Wasserstoffstrategie ist hier einsehbar ([Drucksache 19/2484](#)). Bis 2023 sollen 30 Millionen Euro für grüne Wasserstoffforschungsprojekte ausgegeben werden. Projekte in der Forschung an Hochschulen können bis zu 100% der Projektkosten als Förderungssumme erhalten. Zusätzlich zu den

finanziellen Zuwendungen sollen die unterschiedlichen Akteure in der Forschung stärker vernetzt werden.

Sowohl durch gemeinsame Projekte, zum Beispiel die Westküste 100, von Hochschulen, Wirtschaftsakteuren, Stromanbietern und -erzeugern sowie durch den Dialog und die Auseinandersetzung miteinander. Bestehende Forschungen sollen durch das Ministerium geprüft und gestärkt werden.

Außerdem soll evaluiert werden, ob sich die Etablierung eines **Landes-Kompetenz-Zentrums für Wasserstoffforschung** in die bestehende Forschungslandschaft anbietet. Das ist eine Forderung der SPD-Landtagsfraktion.

Der Bund fördert über das BMBF technologieoffen hochinnovative Ansätze zu Produktion, Transport und Nutzung von Wasserstoff. Im Fokus stehen Elektrolyse, Methanpyrolyse, künstliche Photosynthese sowie Brennstoffzellen. Dafür investiert das BMBF bis 2021 bereits 180 Millionen Euro. Diese Innovationsförderung soll nun noch stärker mit der Klima-, Energie- und Wirtschaftspolitik verzahnt werden. Im Rahmen der [Nationalen Wasserstoffstrategie](#) will das BMBF die Entwicklung neuer klimafreundlicher Wasserstofftechnologien weiter vorantreiben. Mehr als 300 Millionen Euro stehen dafür bis 2023 aus dem Klimafonds bereit.“

Die Fachhochschule Westküste in Heide bildet mit seinem [Institut für die Transformation des Energiesystems](#) (ITE) den wissenschaftlichen Kern des Reallabors „Westküste 100“. Ziel ist die Entwicklung einer Elektrolyse-Anlage, die überschüssigen Strom aus erneuerbaren Energien in Wasserstoff umwandelt. Derzeit konzipiert die FH Westküste in Heide gemeinsam mit Industriepartnern eine 700-MW-Elektrolyseanlage. Auch die Sektorenkopplung, also die optimale Verbindung zwischen Herstellung, Transport und Verbrauch, wird dort weiterentwickelt. Das Reallabor Westküste 100 verbindet Forschung und Hochschule mit Akteur*innen der Wirtschaft, Energieversorgung und -gewinnung.

Dieses Projekt wird neben Eigenanteilen der beteiligten Akteure neuerdings vom Bundeswirtschaftsministerium mit 30 Millionen Euro gefördert. Ein weiteres wissenschaftliches Projekt an der Fachhochschule Westküste heißt [Kopernikus Ensure](#). Ziel des Projekts: „Für den Betrieb des Zukunftsnetzes erforderlich sind innovative Betriebsmittel, die momentan allerdings noch nicht vorhanden sind. Deswegen entwickeln und testen Partner solche Komponenten sowohl in Computersimulationen als auch in Form von ersten Pilotanlagen in der Praxis.“ An diesem Projekt wirkt ebenfalls die Christian-Albrechts-Universität zu Kiel mit.

Das [Helmholtz-Zentrum Geesthacht](#) (HZG) arbeitet der FH Westküste zu. Materialforscher am HZG entwickeln spezielle Speicher, in denen das Gas fest an Metalle gebunden wird. Die Vorteile gegenüber einem herkömmlichen Druckgastank: Das Volumen der Tanks wird wesentlich verringert und Wasserstoff lässt sich mit deutlich geringerem Druck sicher und langfristig speichern.“ Seit April 2020 fördert das Bundeswirtschaftsministerium zudem ein neues Forschungsprojekt im HZG, welches sich mit der potenziellen Entwicklung von neuen Wasserstoffbarriereschichten auseinandersetzt.

Kultur

Tarifkündigung wegen Corona

Die Kulturbranche ist durch Corona hart gebeutelt. Kleinere Einrichtungen und vor allem Solo-Kulturschaffende kämpfen um ihr Überleben oder haben diesen Kampf bereits verloren.

Große Unternehmen der Kulturwirtschaft nehmen Corona zum Anlass, um die Löhne ihrer Beschäftigten klein zu halten. Die Buchhandelskette Thalia veröffentlichte am 08.01.2021

eine Pressemitteilung, in der es heißt: „dass Thalia deutschlandweit zum 1. Januar 2021 in eine OT-Mitgliedschaft im Handelsverband, also in eine reguläre Mitgliedschaft ohne Tarifbindung gewechselt hat. Wo der Tarif galt, bleibt das bisherige Gehalt unverändert. Aufgrund des Tarifausstiegs werden zukünftige Tarifierhöhungen nicht mehr automatisch umgesetzt. ...“

Corona wird gerade in diesem Bereich den Trend verstärken, dass der Online-Vertrieb den Einzelhandel an die Wand drückt. Mr. Bezos wird es freuen, wenn er mit Amazon demnächst den Titel des reichsten Mannes der Welt zurückerobert, den ihm Elon Musk gerade abgenommen hat.

Rechtsextremismus

Antisemitismus: Gefahr erkannt – Gefahr nicht gebannt!

Die landesweite Informations- und Dokumentationsstelle für Antisemitismus in Schleswig-Holstein (LIDA-SH) hat ihren jährlichen Überblick über antisemitische Vorfälle im Jahr 2020 vorgestellt. Bei 47 dokumentierten Vorfällen (2019: 51) zeichnet sich ab, dass der Antisemitismus sich weniger als bisher an Israel abarbeitet, sondern ins Fahrwasser der Verschwörungstheorien, besonders im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie, geraten ist. Näheres unter <https://www.lida-sh.de/publikationen/>.

Antisemitische Vorfälle können jederzeit und datensicher über das Formular auf der Internetseite www.lida-sh.de gemeldet werden, oder unter **0431 301 403 799**.

UNSERE NEUESTEN LANDTAGSREDEN UND PRESSEMITTEILUNGEN:

Schule

Pressemitteilung von Martin Habersaat vom 02.12.2020

Wenn „alle“ nicht alle sind, beginnt Stigmatisierung

<http://www.landtag.ltsh.de/pressticker/2020-12-02-10-42-41-38d3/?group=spd&tVon=&tBis=¶mSeite=50>

Pressemitteilung von Martin Habersaat vom 09.12.2020

Kein Recht auf Glühwein? Peinlich.

<http://www.landtag.ltsh.de/pressticker/2020-12-09-08-50-43-3985/?group=spd&tVon=&tBis=¶mSeite=50>

Pressemitteilung von Kai Vogel vom 16.12.2020

Mitbestimmung ist kein Weihnachtsgeschenk

<http://www.landtag.ltsh.de/pressticker/2020-12-16-10-05-44-4cac/?group=spd&tVon=&tBis=¶mSeite=50>

Pressemitteilung von Martin Habersaat vom 17.12.2020

Prien muss die Technik endlich ans Laufen bringen!

<http://www.landtag.ltsh.de/pressticker/2020-12-17-15-02-23-3f2b/?group=spd&tVon=&tBis=¶mSeite=50>

Pressemitteilung von Martin Habersaat vom 05.01.2021

SPD wünscht sich mehr Klarheit

<http://www.landtag.ltsh.de/pressticker/2021-01-05-16-40-46-023f/?group=spd&tVon=&tBis=¶mSeite=50>

Landtagsrede von Martin Habersaat vom 07.01.2021

Größtmögliche Verlässlichkeit

<http://www.landtag.ltsh.de/pressticker/2021-01-07-14-30-37-368b/?group=spd&tVon=&tBis=¶mSeite=50>

Pressemitteilung von Martin Habersaat vom 11.01.2021

Das Chaos kommt von oben

<http://www.landtag.ltsh.de/pressticker/2021-01-11-11-21-16-174d/?group=spd&tVon=&tBis=¶mSeite=50>

Pressemitteilung von Martin Habersaat vom 12.01.2021

Welche Pakete gibt es und wie ist der aktuelle Stand?

<http://www.landtag.ltsh.de/pressticker/2021-01-13-09-34-44-4b9f/?tVon=&tBis=¶mSeite=50>

Pressemitteilung von Martin Habersaat und Jette Waldinger-Thiering (SSW) vom 12.01.2021

Eine Ministerin muss das Handeln ihres Hauses bestimmen oder wenigstens für wenige Stunden voraussagen können

<http://www.landtag.ltsh.de/pressticker/2021-01-13-10-35-23-4fc3/?tVon=&tBis=¶mSeite=50>

Hochschule

Landtagsrede von Prof. Dr. Heiner Dunckel vom 09.12.2020

Zukunftsvertrag insgesamt ein tragfähiges Gerüst – Wermutstropfen bleiben dennoch

<http://www.landtag.ltsh.de/pressticker/2020-12-09-17-02-02-5cb2/?group=spd&tVon=&tBis=¶mSeite=50>

Rechtsextremismus

Pressemitteilung von Tobias von Pein vom 06.01.2021

Antisemitismus: Wachsam bleiben

<http://www.landtag.ltsh.de/pressticker/2021-01-06-09-34-18-42e8/?group=spd&tVon=&tBis=¶mSeite=50>

IMPRESSUM

Dieser Newsletter wird in unregelmäßigen Abständen vom Arbeitskreis Bildung, Wissenschaft, Forschung, Kultur, Rechtsextremismus und religiöse Angelegenheiten der SPD-Fraktion im Schleswig-Holsteinischen Landtag herausgegeben.

Verantwortlich: Dr. Michael Schmidt-Neke, SPD-Landtagsfraktion, Düsternbrooker Weg 70, 24105 Kiel. Email: m.schmidt-neke(at)spd.ltsh.de